Beschlussauszug

vom 15.06.2023

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Breege

Top 6.2 Beschluss zur Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, Billigung und Auslegung der 2.Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Gemeinde Ostseebad Breege GV 013.07.214/23

Beschluss:

- 1. Die während der frühzeitigen Beteiligung der von der Planung betroffenen Behörden und Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf 2. Änderung des FNP Breege vorgebrachten Hinweise und Anregungen hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: Von 15 von der Planung berührten Behörden und 3 Nachbargemeinden haben 10 Behörden und 3 Nachbargemeinden eine Stellungnahme abgegeben. Von Bürgern gingen keine Stellungnahmen ein. (ausführliche Abwägungsentscheidung in der Anlage):
 - a) berücksichtigt werden Hinweise und Anregungen von:
 - · Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen
 - Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern
 - · Deutsche Telekom
 - · Landkreis Vorpommern-Rügen
 - EWE
 - E.dis
 - Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern Arbeitsschutz und technische Sicherheit - Regionalbereich Nord - Standort Stralsund
 - b) teilweise berücksichtigt werden Hinweise und Anregungen von:
 - . ---
 - c) <u>folgende Behörden/Nachbargemeinden hatten keine Hinweise und Anregungen zur Planung:</u>
 - · Landesamt für Umwelt, Naturschutz u. Geologie Mecklenburg-Vorpommern
 - IHK zu Rostock
 - die Nachbargemeinden
- 2. Das Bauamt Nord-Rügen wird beauftragt, die Behörden, die Hinweise und Anregungen gegeben haben, unter Angabe von Gründen von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.
- 3. Der Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Breege und der Entwurf der Begründung mit dem Umweltbericht werden mit folgenden Änderungen gebilligt: Ausweisung einer Sonderbaufläche (S) nach § 1 BauNVO statt einer Wohnbaufläche nach § 1 BauNVO aufgrund von aktuellen Rechtsprechungen des Bundesverwaltungsgerichtes zum § 13 a BauNVO. Die Abwägung, die Planzeichnung und die Begründung sind an die neue Beschlusslage anzupassen.
- 4. Der Entwurf der 2. Änderung FNP mit der Begründung mit dem Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die betroffenen Behörden sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Ausgeschlossen ist/sind:

Abstimmungsergebnisse				
anwesend	ja	nein	Enthaltung	ausgeschl.*
7	5	2	0	0

^{*} Verfahrensvermerk: Mitwirkungsverbot Aufgrund des § 24 der KV M-V